

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT Nr. 11/18

MBI-Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1,
45468 Mülheim
Tel. 0208 - 3899810
Fax 0208 - 3899811

e-mail: mbi@mbi-mh.de

<http://www.mbi-mh.de>

Mülheim ein Sanierungsfall? Oder Kandidatin für Abwicklung?

Medl-Gründer Bachmann sieht in Mülheim einen dramatischen Sanierungsfall. Unqualifiziertes Führungspersonal habe das zu verantworten. Die Stadt – „ein dramatischer Sanierungsfall“. Ohne professionelle Hilfe von außen werde Mülheim nicht zu retten sein. WAZ: „Ex-Manager: Stadt Mülheim braucht dringend externe Sanierer“. In fast allen Punkten hat Bachmann recht. Die MBI sagen das bereits seit Jahren, nur hat sich selten jemand aus Politik, Verwaltung oder Lokalmedien damit überhaupt befassen wollen, aber auch die RP-Kommunalaufsicht hat mehrfach nur abgewunken. **Chaos pur, in Mülheim a.d. Ruhr?!** Genehmigungsfähiger Haushalt? Fehlanzeige. Verkehrskonzept? Nicht erkennbar. Integrationskonzept für die vielen Zuwanderer? Mit der mutwilligen VHS-Schließung zum Torso degradiert! Innenstadt-Konzept? Mit Ruhrbania vermurkst genau wie die zugehörige Verkehrsführung. Personalstrategie? Außer immer neuen Stellen und unfähigen Leitungsposten wenig Substantielles. Privatisierung und PPP-Politik? Mehr als in allen Nachbarstädten, dementsprechend größer sind die Schattenhaushalte der BHM außerhalb des städtischen Haushalts.....



Appell im Landtag für Lösung der Altschuldenproblematik

AKTIONSBÜNDNIS FÜR DIE WÜRDE UNSERER STÄDTE Mülheim ist Sprecherin des Bündnisses "Raus aus den Schulden" der hoch verschuldeten NRW-Städte, dem inzwischen 69 Städte aus ganz Deutschland angehören. Bei dem heillosen Durcheinander vor Ort konnte das Städtebündnis wohl kaum durch Mülheim im Landtag bei der Anhörung zum GFG (Gemeindefinanzierungsgesetz) vertreten werden. Das übernehmen die Kämmerer aus Wuppertal und Bottrop. Die Landesregierung will die GFG-Mittel zu Gunsten der ländlichen Regionen verändern, für die Städte im Aktionsbündnis rund 70 Mio. € Einnahmenverluste. Der W'taler Kämmerer Slawig forderte erneut eine Lösung für das Altschuldenproblem durch Land und Bund: "Wenn die Zinsen steigen, sind alle Bemühungen um den Ausgleich unserer Haushalte wieder zunichte gemacht." Am 11. November spricht OB Scholten in der ARD-Themenwoche für das Bündnis.

Klage zum VHS-Bürgerbegehren eingereicht! Spendenaufruf

Am 10. Oktober wurde Klage gegen den Ratsbeschluss auf Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens zum VHS-Erhalt beim Verwaltungsgericht Düsseldorf eingereicht. Die BI braucht dafür Geld. Deshalb rufen die MBI zu weiteren Spenden für den Kampf um unsere VHS auf, und zwar auf das Sonderkonto bei der **Spardabank IBAN DE 82 3606 0591 0010 9334 16** Bis Ende Okt. wurden bereits ca. 4400 € eingezahlt. Das Prozessrisiko beträgt mind. 5000 €. Falls wir hoffentlich gewinnen, wird die Stadt das meiste zurück erstatten müssen. Dann kann das gespendete Geld für den "Wahlkampf" vor dem Bürgerentscheid eingesetzt werden.



Auf den folgenden Seiten:

- Schlippenweg im Regionalen Grünzug vor Bebauung schützen und Letztes Grün Wrangelstr. erhalten! S. 2
 - MBI-Antrag wurde umgesetzt, die MBI aber verschwiegen! S. 3
 - Fremdschämen für das Ruhrgebiet auf der Expo in München? S. 3
 - Selbst wenn in MH "nur" ein Fahrradlift gebaut wird, kann man was erleben S.3
 - Das SPD-Selbstmordkommando, getarnt als OB-Affäre ffffff. S.4
 - Duisburg als Vorbild für Mülheim? Ausgeglicherer Haushalt, Entlassung Immo-Manager S. 4
- Einlegeblatt: "Fluchtursachen bekämpfen." - Die Zauberformel einer weitgehend infantilen Politik?**

Schlippenweg im Regionalen Grünzug vor Bebauung schützen

MBI-Antrag für die Sitzung der Bezirksvertretung 1 am 13.11.2018 und den Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität am 20.11.2018

Änderung des RFNP für das Gebiet des Bebauungsplans Schlippenweg von ASB in Bestandteil des Regionalen Grünzugs

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, ein Änderungsverfahren im Regionalen Flächennutzungsplan (RFNP) in die Wege zu leiten für das Gebiet des als G 15 „Schlippenweg/Zepplinstr.“ Ende 2012 eingeleiteten Bebauungsplans, und zwar als zukünftiges Grün- und Ackerlandgebiet sowie als Bestandteil des regionalen Grünzugs.

Begründung

Dieses städtische Frei- und Grüngebiet - gegenüber dem Hauptfriedhof, hinter der Rembergschule und angrenzend an das Naturschutzgebiet - sollte 1970 für ein weiteres Krankenhaus erhalten, damals als die Planer noch von einer Bevölkerungszunahme von 190.000 1970 auf 230.000 im Jahre 2000 ausgingen. Heute sind es knapp 170.000. Bei der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans 2005 wurde das Gebiet weiter als Bauerwartungsland und teilweise auch als Mischgebiet vorgesehen. Ende 2012 wurde der B-Plan „Schlippenweg/Zepplinstr. – G 15“ eingeleitet, bis heute aber nicht weiter bearbeitet. Anfang 2016 wurde ein Flüchtlingsdorf im Gebiet des G 15 beschlossen, das aber zum Glück nicht gebraucht wurde, was am Siedlungsrand und hinter der Förderschule problematisch wäre.



Neben den bekannten Problemen von Zersiedelung der Landschaft, Verlust von wichtigen Ackerflächen und Verringerung der Naherholungsmöglichkeiten sind in den letzten Jahren zwei weitere wichtige Aspekte mit einer möglichen Bebauung dieses Gebietes immer stärker in den Fokus gelangt wegen der Lage des Gebietes am Rande und im Anstrom des Rumbachtals.

Zum einen wurde mit der Festlegung des Rumbachtals als notwendigem Überschwemmungsgebiet zum Schutz der Innenstadt die zusätzliche Bebauung an den Rändern als problematisch und kontraproduktiv erkannt, nicht zuletzt wegen der merklichen Zunahme von Starkregen. Zum zweiten ist die Bedeutung des Rumbachtals für die Durchlüftung der östlichen Innenstadt immer stärker in den Blickpunkt gelangt, auch wegen der bereits spürbaren Klimaveränderung mit heißeren Phasen. Dafür muss der Schutz der verbliebenen Kaltluftentstehungsgebiete sowie der Hänge zum Rumbachtal größere Bedeutung erlangen. Das wurde zuletzt u.a. im Planungsausschuss deutlich, als Frau Steinrücke von der Uni Bochum ihre Messungen und Erkenntnisse zur Klimanalyse der Stadt Mülheim vorstellte.

Der Kämmerer hatte im Frühjahr den Verkauf der Flächen des G 15 in seinem Arbeitsprogramm für zukünftige Haushaltssanierung, doch eine große Mehrheit des Rates sprach sich schließlich dagegen aus.

Um die Diskussion zur Bebaubarkeit der Flächen am Schlippenweg zu beenden, muss auch der RFNP geändert werden. Inwieweit das gesamte Gebiet oder nur Teile davon in Zukunft dem angrenzenden Regionalen Grünzug angegliedert werden sollte, kann im RFNP-Änderungsverfahren im Einzelnen beraten und danach vorgenommen werden.

Auch die letzten Grünflächen Wrangelstr. bestehen lassen!

Die MBI schließen sich den Forderungen der Initiativgruppe "Grüngürtel Wrangelstr." voll inhaltlich an. Wir erinnern uns noch gut an die intensiven Gespräche zu Beginn des Jahrtausends zu der Thematik, die letztendlich in 2002 zu einem Kompromiss führte. Genau der sollte nun im Planungsausschuss aufgekündigt werden. Das ist weder sinnvoll, noch hinnehmbar. Die MBI beantragten, den TOP "Potenzielle Baufläche an der Schenkendorfstraße - V 18/0240-01" aus dem nichtöffentlichen in den öffentlichen Teil der Sitzung zu verlegen. Obwohl nicht nachzuvollziehen ist, warum dieses einst breit und öffentlich diskutierte Projekt jetzt nur nichtöffentlich behandelt werden sollte, stimmte die ganz große Mehrheit dagegen! Im nicht-öffentlichen Teil verhinderten dann die Grünen (!) wg. vorgeschobenem "Beratungsbedarf", dass der neuerliche Bauwunsch abgelehnt worden wäre! Nun muss Ende Nov. abgestimmt werden und der Investor kann Lobbyarbeit betreiben!

MBI-Antrag wurde umgesetzt, die MBI aber verschwiegen!

WAZ 5.10.18: *"Neue Hotline hilft pflegenden Angehörigen in Mülheim"*

Zur Erinnerung

1.8.14: MBI-Antrag für den Sozialausschuss am 18.9.14, eine zentrale städtische Rufnummer einzurichten für pflegende Angehörige, die mit der Versorgung der Ihnen anvertrauten Pflegedürftigen überlastet sind. Der Antrag fand eine Mehrheit, doch es dauerte, bis er trotz häufiger MBI-Nachfragen endlich umgesetzt wurde. Ist aber alles niemandem auch nur eine Silbe wert.

Herzlichen Dank für derart viel Anerkennung, oder handelt es sich um Ausgrenzung? Kann nicht sein, weil Diskriminierung doch verboten ist.

Fremdschämen für das Ruhrgebiet auf der Expo in München?

Vom 8. bis 10. Okt. 18 fand die ExpoReal in München statt, die größte deutsche Immobilienmesse:

Mülheim präsentiert Projekte der Innenstadt: Motto: "Startbahn Innenstadt". Dass der Andrang auf die kriselnde Innenstadt arg überschaubar blieb, überraschte nicht wirklich!

Auch das Ruhrgebiet war dort mit einem Stand vertreten, die Städte werben um Investoren für ihre Immobilienprojekte und nutzen die Aufmerksamkeit der Fachpresse, um sich als attraktiver Standort zu präsentieren. Mit dem "Guerilla-Marketing" im Bild rechts hat man sich aber eher blamiert. Der Spruch „**München ist ein Dorf. Mit den Preisen einer Metropole. Lernen sie das Gegenteil kennen – in der Metropole Ruhr**“ wurde auf die Wände verschiedener Gebäude projiziert. Peinlich. Die Ruhrbarone: schrieben dazu in *"Ruhrgebiet: Fremdschämen in München"* u.a.: *"... Aber die unbedarfte Dickhösigkeit, mit der es gemacht wurde, ist nur unangenehm.*



München ist im Gegensatz zum Ruhrgebiet keine Metropole? Wieviel Koks muss man sich als Werber durch die Nase gezogen haben, um auf einen so dämlichen und peinlichen Vergleich zu kommen? Das Ruhrgebiet ist im Gegensatz zu München nicht einmal eine Stadt. Es hat keinen vernünftigen internationalen Flughafen, der Nahverkehr ist eine Zumutung, es ist nicht das Zentrum eines Bundeslandes und es ist schon gar kein Magnet für internationale Besucher. Die Immobilienpreise sind hier niedriger. Das ist ein Vorteil. Und es gibt noch Platz für Unternehmen - München hat zum Teil gar keine Flächen mehr, für größere Ansiedlungen. Aber nicht weil es ein Dorf ist, sondern weil es seit Jahrzehnten einer der attraktivsten Standorte Europas ist. Und im Ruhrgebiet sind die Preise niedrig, weil es seit Jahrzehnten kein sonderlich attraktiver Standort ist - weder zum wohnen noch zum arbeiten. Das zu ändern ist jede Mühe wert, aber man sollte es tun, ohne sich lächerlich zu machen. Und das tut man schon mit dem inhaltsleeren Begriff "Metropole Ruhr".

Selbst wenn in MH ein Lift gebaut wird, kann man was erleben

Erst funktionierte der neue teure Fahrstuhl am Radschnellweg RS 1 auf der ehemaligen Bahntrasse schon nach kurzer Zeit nicht mehr, weil sich der Lift bei einer Temperatur von 40 Grad in der gläsernen Kabine selbst abschaltet, weshalb er bei einer Befreiungsaktion durch die Feuerwehr Anfang Juli erheblich beschädigt wurde. 80 Tage dauerte es, bis er wieder funktionierte. Durch angebliche Lieferengpässe, und Betriebsferien war der Aufzug genau in dem Zeitraum nicht nutzbar, in dem viele Radler unterwegs sind.

Knapp 1 Monat später war der Lift erneut außer Betrieb. Laut Stadtsprecher Wiebels in der WAZ vom 18. Okt. handelte es sich jetzt um Vandalismus, "man könnte auch fast von Sabotage sprechen."

Doch bereits 1 Tag später offenbarte sich eine peinliche Kommunikationspanne: Es war doch kein Vandalismus, der den Aufzug stilllegte, sondern die Feuerwehr. Im Fahrstuhl war erneut ein Mann über 40 Minuten lang eingesperrt. Da sich die Fahrstuhlkabine aufgeheizt hatte, musste die Feuerwehr handeln und die Tür aufbrechen, denn: "Den Notfallschlüssel haben wir noch nicht", betont Feuerwehrchef Klein. Er sei bei der Montage der neuen Tür noch nicht mitgeliefert worden. Radfahrer und Fußgänger müssen sich jetzt wieder auf einen längeren Stillstand des Fahrradliftes an der Hochpromenade des RS 1 einstellen. Die Feuerwehr musste die Türen halt aufbrechen. Wie lange es dauert, bis er wieder läuft, lässt sich noch nicht sagen.

Das SPD-Selbstmordkommando, getarnt als OB-Affäre ffffff.

Am 11. Okt. war Ratssitzung in Mülheim. Noch immer steht völlig in den Sternen, ob und wie der am 30. August von Kämmerer Mendack eingebrachte Haushaltsentwurf für 2019 genehmigungsfähig werden könnte. Die Verabschiedung ist bereits von November auf Dezember verschoben, was eigentlich nicht geht, weil für den Stärkungspakt, d.h. den extra-Zuschuss des Landes von über 31 Mio. €, der Etat bis spätestens Ende Nov. beschlossen sein muss - eigentlich. Ach ja, der Haushalt 2018 ist auch noch nicht genehmigt. Im Finanzausschuss am 8. Okt. wurden alle inhaltlichen TOPs übrigens abgesetzt.

Ist alles schrecklich desolat.

Im Rat danach geschah zu dem Haushaltsdesaster ebenso wenig. Dafür stand das Lieblingsprojekt der meisten Fraktionen nun bereits zum 3. Mal in Ratssitzungen an, die sog. OB-"Affäre". In einem gemeinsamen Antrag von CDU, BAMH, Grünen und FDP wurde der OB bei SPD-Unterstützung(!) aufgefordert, sein Amt ruhen zu lassen. Das geht so zwar nicht, doch wen interessiert das? Ein willkommenes Ablenkungsmanöver, das man von Sitzung zu Sitzung weiter schleppen kann?! Und die nächsten großen Artikel in WAZ und Mülheimer Woche waren gesichert wie seit Mai fast ununterbrochen. Noch einmal wurden Stunden mit kleinkarierten Zänkereien verplempert. War alles bisher schlichtweg würde- und ziellos.

Hier noch ein offener Leserbrief zu der beschämenden Angelegenheit
Offener Brief an die im Rat der Stadt vertretenen Fraktionen und Einzelmitglieder

Sehr geehrte Ratsmitglieder,

nun ist es soweit. Sie haben die Treibjagd auf den OB in aller Härte eröffnet. In der deutschen Rechtsprechung gilt immer noch die Unschuldsvermutung. Sie jedoch haben den OB zum "Abschluss freigegeben", obwohl die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft noch nicht abgeschlossen sind.

Aus diesem Grund habe ich folgende Fragen an sie:

Wenn sich herausstellt, dass die Vorwürfe gegen den OB rechtlich nicht relevant sind, werden sie

- 1.) seine öffentliche Rehabilitation mit der gleichen Vehemenz betreiben, wie seine Vorverurteilung?*
- 2.) Werden sie sich öffentlich beim OB entschuldigen?*
- 3.) Werden sie eine Abwahl der verantwortlichen Dezernenten initiieren?*
- 4.) Werden sie ihre Ämter / Positionen zur Verfügung stellen?*

In Manchem könnte die Nachbarstadt Duisburg der abgewirtschafteten Stadt Mülheim doch Vorbild sein, oder? Immerhin scheint dort an dem ein oder anderen Punkt Land in Sicht bzw. nimmt man selbst gemachte Realitäten oder Probleme dann doch noch zur Kenntnis, was in MH fast nie der Fall zu sein scheint.

WAZ Duisburg 2.10.18: **"Die beiden Geschäftsführer des Immobilienmanagements IMD müssen gehen. Jetzt soll ein Experte den Stadtbetrieb neu organisieren."**



Millionen-Überschuss: Stadt Duisburg baut ihre Schulden ab

Es ist die fünfte schwarze Null in Folge für die Stadt Duisburg: Auch für das Jahr 2019 rechnen Stadtkämmerin Prof. Dörte Diemert und Oberbürgermeister Sören Link mit einem ausgeglichenen Haushalt. Mit rund 1,88 Milliarden Euro Gesamteinnahmen und einem erwarteten Überschuss von rund 2,1 Millionen Euro würde

sich das Jahresergebnis auf einem ähnlichen Niveau bewegen, wie bereits die Jahre zuvor. Seit 2015 hat die Stadt rund 276 Millionen Euro ihrer Kassenkredite abbauen können. "Das schafft Handlungsspielräume, Planungssicherheit und Vertrauen bei der Aufsichtsbehörde", sagte OB Link. Und die Kämmerin ergänzte: "Trotz der historisch einmalig guten konjunkturellen Zeiten ist in unserem Sozialhaushalt leider keine "echte Entspannung" absehbar: Allein in den vergangenen zwei Jahren waren hier Zuwächse von 22,2 Mio. Euro zu verzeichnen, bis 2022 werden weitere Steigerungen um 12,5 Mio. Euro prognostiziert."

Und Mülheim mit weitaus weniger Soziallasten versinkt im Haushaltschaos? Was macht die RP-Aufsicht gegen die Mülheimer Misswirtschaft?



Einlegeblatt doppelseitig

**M ü l h e i m e r
B ü r g e r -
I n i t i a t i v e n** 

**Fraktion in Rat und
Bezirksvertretungen
der Stadt Mülheim a.d.Ruhr**
Fraktionsbüro: Kohlenkamp 1
45468 Mülheim / Ruhr
Telefon: 0208-3899810
Telefax: 0208-3899811

M B I

e - m a i l : f r a k t i o n @ m b i - m h . d e

<http://www.mbi-mh.de>

Bevölkerungswachstum, youth bulge und Zuwanderungspolitik

Auch auf das Risiko hin, als Rassisten o.ä. diffamiert zu werden, haben wir uns entschieden, folgenden grundlegenden Artikel zur Versachlichung der Migrationsdebatte weiter zu geben:

"Fluchtursachen bekämpfen." - Zauberformel einer weitgehend infantilen Politik.

Auszüge aus einem Essay von Alexander Meschnig; zuerst veröffentlicht in Herbstausgabe von "Tumult" Im Jahr 1995 veröffentlichte der amerikanische Demograf Gary Fuller im Auftrag der CIA eine grundlegende Studie zum Zusammenhang von globalen Krisenherden und Bevölkerungsentwicklung, die zum Ziel hatte, die zukünftigen (militärischen) Konfliktlinien für die USA zu ermitteln. Der im Zentrum von Fullers Arbeit stehende Begriff "Youth Bulge" meint die überproportionale Ausstülpung (bulge) der demografischen Alterspyramide in einer Gesellschaft. **Nach Fuller liegt ein Youth Bulge vor, wenn die Gruppe der 15- bis 24-Jährigen mindestens 20 % der Gesamtbevölkerung einnimmt.** In Deutschland liegt dieser Anteil derzeit bei ca. 10 %, in 40 Ländern der islamischen und schwarzafrikanischen Welt bei über 30 %. Der Soziologe Gunnar Heinsohn hat 2003 mit seinem Buch Söhne und Weltmacht die Thesen Fullers auch in Deutschland populär gemacht. Die extreme Zunahme an jungen Männern in Afrika und den arabischen Ländern, für die keine gesellschaftliche Position zur Verfügung steht als im wahrsten Sinne des Wortes "Überflüssige", zeigt sich in der Zunahme kriegerischer Konflikte dort. Bürgerkriege, Grenzkonflikte, ethnische und religiöse Spannungen waren oft historische Begleiterscheinungen von Youth Bulges.

Die demografische Entwicklung der arabischen, aber vor allem der afrikanischen Länder, übertrifft dabei alles, was historisch bekannt ist. Selbst die Bevölkerungsexplosion in Europa seit dem 15. Jahrhundert, die im 19. Jahrhundert ihren Höhepunkt fand, verblasst dagegen in ihrer Dynamik. Die Bevölkerung in Ägypten wird bis 2050 von 85 auf 130 Millionen Einwohner wachsen, in Tansania von 45 auf 110 Millionen, im Niger von 16 auf 58 Millionen, im Sudan von 34 auf 91 Millionen Einwohner. Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas, wird bis 2050 von derzeit 190 auf über 400 Millionen Menschen anwachsen.

Ähnlich, wenn auf längere Sicht auch nicht ganz so dramatisch wie in Afrika, sind die Zuwachsraten in den arabischen Ländern. Für die islamische Welt insgesamt gilt, dass sie in nur fünf Generationen (1900-2000) von 150 Millionen auf 1,2 Milliarden Menschen zugenommen hat. Die Einwohnerzahl in Syrien etwa stieg von 3 Millionen im Jahr 1950 auf 21 im Jahr 2010, also noch vor der großen Auswanderungswelle im Bürgerkrieg. Auch im Jemen wird es zunehmend enger und gewalttätiger. 1950 lebten gerade einmal 4,3 Millionen Menschen im südlichsten Land der arabischen Halbinsel; heute sind es mehr als 24 Millionen, eine Steigerung um fast 500%. Und der Anstieg im Jemen setzt sich wie in anderen islamischen Ländern fort: UN-Berechnungen zufolge könnten es im Jahr 2050 mehr als 53 Millionen Einwohner sein. Daran, dass solche exorbitanten Zuwächse ein friedliches Zusammenleben erlauben, darf Zweifel angemeldet werden.

In einer Rangliste der zehn Länder mit den höchsten Geburtenraten der Welt finden sich neun afrikanische und ein asiatisches Land (Afghanistan). In Niger, Mali, Uganda, Tschad und Somalia etwa beträgt die Geburtenrate durchschnittlich 6-7 Kinder pro Frau. Afrika wächst jede Woche um fast eine Million Menschen, das sind 40-50 Millionen im Jahr. Wenn nur 10 % von ihnen nach Europa auswandern wollen, dazu noch eine große Zahl arabischer Migranten aus den Bürgerkriegsgebieten des Nahen Ostens, dann müssen sich die politisch Verantwortlichen in aller Dringlichkeit die Frage stellen, was das für Europa und insbesondere für Deutschland als Ziel- und Wunschland Nummer 1 bedeutet. Es spielt in diesem Zusammenhang überhaupt keine Rolle, ob Deutschland jedes Jahr 200.000, 500.000 oder noch mehr Migranten aufnimmt. Millionen weiterer Auswanderungswilliger stehen bereit. Aber so genau will das niemand wissen. Man schließt hierzulande gern die Augen und fordert, von nebulösen Formeln wie "europäische Lösung" abgesehen, die "Fluchtursachen zu bekämpfen".

Es zeigt sich hier eine kolossale Egozentrik, die ernsthaft suggerieren will, Deutschland könne die Probleme und Konflikte Afrikas und der arabischen Staaten lösen - ein weiteres Kapitel in der Geschichte des deutschen Größenwahns als utopisches Projekt. **"Fluchtursachen" zu bekämpfen ist die Zauberformel einer weitgehend infantilen Politik, die sich vor schwerwiegenden Entscheidungen drückt.**

Die hilflose Formel zeugt von Unwissen oder aber Leugnung der Dynamik von Wanderungsbewegungen. Solange es ein Wohlstandsgefälle zwischen Industrie- und Entwicklungsländern gibt, erhöht jede Verbesserung der Situation vor Ort den Migrationsdruck. Auch die europäische Auswanderung nach Amerika erreichte ihren Höhepunkt erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, als sich die Lebenssituation der meisten Menschen bereits verbessert hatte und finanzielle Mittel für die Schiffsreise vorhanden waren. Emigration ist niemals Ausdruck von absoluter Armut. Wer meint, Fluchtursachen in Afrika oder anderswo zu bekämpfen, wird aber kurz- und mittelfristig die Auswanderung verstärken.

Geburtenkontrolle in der Dritten Welt neuerdings ein Tabuthema - warum?

Die o.g. Zahlen zur Bevölkerungsentwicklung sind bekannte Fakten. Während Umweltprobleme auf das Freund-Feind-Verhältnis reduziert werden können, zeigt die Behandlung, besser: Nichtbehandlung des Bevölkerungswachstums, dass sich hier kein Gegner festmachen lässt, an den man seine moralischen Appelle richten kann. **Es gibt zwar einen Klimagipfel; den viel dringlicheren Bevölkerungsgipfel jedoch gibt es nicht.** Entschiedene Maßnahmen gegen das enorme Bevölkerungswachstum in Afrika zu ergreifen, wird seit Jahrzehnten im politisch korrekten Milieu vermieden. **In den 70er Jahren wurde die Frage der Geburtenkontrolle in der Dritten Welt noch breit und weitgehend tabulos diskutiert.**

Warum nur gilt das inzwischen als Tabu und "political incorrect"?

Der Begriff der Überbevölkerung gilt heute per se als "menschenverachtend", da er, so der Vorwurf, Gesetzmäßigkeiten aus der Biologie auf die Gesellschaft übertrage. Tatsächlich sei aber nur eine ungerechte Verteilung des Reichtums das Problem, also politische Fehlleistungen, die korrigierbar seien.

Das heutige Problem besteht aber nicht in einem allgemeinen Nahrungsmangel, sondern zentriert sich auf die Frage, wer Zugang zu den Ressourcen und Positionen eines Landes bekommt, und wer nicht. Nicht Armut und Mangelernährung erklären die aktuellen Kriege und inneren Konflikte, sondern das Verlangen, zu den Privilegierten zu gehören. Doch keine Ökonomie der Welt kann auf Dauer ein Bevölkerungswachstum wie in Afrika oder den arabischen Ländern absorbieren. Damit bleiben den nachdrängenden jungen Männern nur diese drei Möglichkeiten: 1.) Bürgerkrieg, Rebellion und Aufstand gegen die staatlichen Institutionen und dominanten Väter. 2.) Bei großer staatlicher Repression liegt die "Lösung" in der Konstruktion eines äußeren Feindes (der Westen, das Judentum, Andersgläubige usw.) und dem Anschluss an radikale Gruppen (IS, Boko Haram, El Dschabab und andere Terrormilizen). 3.) Flucht und Auswanderung in die befriedeten Wohlstandszonen, also USA, Kanada, Australien, Europa und hier aufgrund seines umfangreichen Sozialsystems und der Politik des Landes, nach Deutschland.

Gegenwärtig strömen die überzähligen jungen Männer aus zahlreichen arabischen bzw. afrikanischen oder asiatischen "Failed States" in das alternde Europa. Sie werden die uns vertraute Welt verändern, ja tun das bereits, ohne dass wir eine Antwort auf diese Herausforderung haben, die über **fromme Appelle an Integration und für Grundgesetzeinhaltung** hinausgehen. In den früheren Agrargesellschaften zielte die Einwanderung noch auf eine Landnahme ab. Sie ging in aller Regel mit der Besetzung des Territoriums und der Vertreibung der ansässigen Bevölkerung einher, hatte also wesentlich militärischen Charakter. Der Reichtum der Industriegesellschaften beruht aber nicht mehr auf Land und Bodenschätzen, sondern auf einer Wissensstruktur, die kulturelle Voraussetzungen hat und nicht räumlich fixiert ist.

Die derzeitige Migration über eine faktisch unbegrenzte Ausweitung des Asylbegriffs kennzeichnet eine Gesellschaft, die mit den Auswirkungen eines gigantischen Youth Bulge konfrontiert wird, aber in der Frage der Selbstbehauptung einem moralischen Verbot unterliegt. Gewalt und Terror, bereits vielfach importiert und mitten unter uns, spielt eine viel größere Rolle, als wir wahrhaben wollen. Ein Youth Bulge, einmal in Bewegung gesetzt, ist stets auf der Suche nach Rechtfertigungen. Ähnlich dem heutigen Islamismus waren die radikalen Parteien des 20. Jahrhunderts in Europa ebenfalls stärker generationen- als politikgetrieben. Insofern kann man den Islamismus, faschistischen und kommunistischen Bewegungen Europas der 30er Jahre nicht unähnlich, als eine "Jungmännerbewegung" begreifen. Ihre Energie erhalten diese Bewegungen von großen Gruppen junger Männer, die gleichsam frei flottieren, da sie keine gesellschaftliche Position erwarten können und für radikale Gedanken und Taten offen sind.

Ob Europa mit seiner dramatischen Spaltung im Inneren den in seinen Wohlfahrtsstaaten verfeimten Selbstbehauptungswillen aufbringen wird, seine eigene Zerstörung abzuwenden, bleibt eine Frage, die gegenwärtig niemand beantworten kann.